

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

## AKTUELL

### Rückschaffungen trotz Bombenanschlag

Das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) setzt die Rückschaffung abgewiesener tamilischer Asylbewerber trotz des jüngsten Bombenanschlags in einem Vorort von Colombo fort. Von der Schweizer Botschaft in Colombo habe das BFF gestern die Meldung erhalten, dass es in der Hauptstadt ruhig sei und die Sicherheitskontrollen nicht verschärft worden seien, sagte BFF-Pressesprecher Roger Schneeberger auf Anfrage. Der «Normalzustand» sei praktisch wiederhergestellt. Wenn sich die Lage nicht verschlechtere, werde die Repatriierung nächste Woche weitergeführt.

### Unterricht im Zentrum

Die Lehrlinge sollen sich an den Berufsschulen nebst Wissen vermehrt auch Kompetenzen aneignen. Auf das kommende Schuljahr hin hat das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) einen neuen Rahmenlehrplan für die Allgemeinbildung erlassen, wie es gestern mitteilte. Das Prinzip des handlungsorientierten Unterrichts soll ins Zentrum gerückt werden. In alle Unterrichtsbereiche soll eine vertiefte Schulung in Sprache und Kommunikation integriert werden. Berufs- und regionalspezifische Bedürfnisse sollen dabei angemessen berücksichtigt werden.

### Marktanteil verloren

Das Deutschschweizer Fernsehen (SF DRS) hat im zweiten Quartal 1996 leicht an Marktanteilen verloren. Allerdings brachte eine Zunahme bei «Schweiz 4» den Ausgleich. Laut Mitteilung von gestern war die Verlagerung von Sportsendungen auf «Schweiz 4» der Grund dafür. Bei den Auslandsendern änderte sich wenig.

Der Marktanteil von SF DRS zur Hauptsendezeit verringerte sich im Vergleich zum zweiten Quartal 1995 von 37 auf 35 Prozent, im Ganztagesdurchschnitt von 29 auf 27 Prozent.

### Gesundheitsgefährdendes Hanföl

(paf) – Gesundheitsgefährdendes Hanföl, produziert von Chervet in Murten, ist in Umlauf gelangt. Das Amt für Lebensmittelkontrolle informiert die Lebensmittelbetriebsinhaber darüber und warnt gleichzeitig die Bevölkerung vor dem Genuss des genannten Hanföles. Die Konsumenten werden um telefonische Mitteilung oder um Abgabe des genannten Hanföles an das Amt für Lebensmittelkontrolle gebeten.

**Grosse Auswahl  
an Wäsche  
und Corsetterie**

**HANELORE**  
MODISCH AKTUELL

IM ZENTRUM KAUFEN, SCHAAN.

## Über 3 Millionen Direktzahlungen an die Landwirte

Regierung veröffentlichte Verordnung über Direktzahlungen an die Landwirtschaft – Rund 140 Betriebe kamen in Genuss der Beiträge

(G.M.) – Staatliche Massnahmen zur Einkommenssicherung in der Landwirtschaft sind notwendig, wenn die Landwirtschaft weiterhin ihre verschiedenen anderen Funktionen – wie etwa Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Schutz der Umwelt, Pflege der Kulturlandschaft – neben der Erzeugung landwirtschaftlicher Güter erfüllen soll. Die Regierung hat nun die Verordnung über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft herausgegeben, die Einzelheiten über die Ausrichtung dieser Beiträge regelt. Im vergangenen Jahr wurden 3,1 Mio. Fr. an Direktzahlungen an rund 140 Betriebe ausgerichtet.

Diese verschiedenen Aufgaben, die über die eigentliche Produktion landwirtschaftlicher Güter hinausgehen, kann die Landwirtschaft nur erfüllen, wenn die Bauern in ihrem Beruf ein Auskommen finden. In dieser Beziehung allerdings sieht die Situation allerdings nicht sehr rosig aus: Nach Schätzungen des Landwirtschaftsamtes und nach der Auswertung von bäuerlichen Buchhaltungen durch die Vereinigung Bäuerlicher Organisationen (VBO) ist das landwirtschaftliche Einkommen in den vergangenen fünf Jahren um rund 30 Prozent gesunken.

Nach Angaben von Julius Ospelt, Leiter des Landwirtschaftsamtes, wurden nach Inkrafttreten des Gesetzes die Landwirtschaftsbetriebe für 1995 erst-



Rund 140 Landwirtschaftsbetriebe erhielten bisher Beiträge des Staates, die als Direktzahlungen zur Einkommensverbesserung ausgerichtet werden.

mals über die Beitragswürdigkeit für Direktzahlungen überprüft. Die neue Verordnung sieht vor, dass die Antragsteller genaue Angaben über Nutzfläche, Tierbestand und Veränderungen gegenüber dem Vorjahr einzureichen haben.

Mit dem neuen Gesetz über Direktzahlungen ist ein vierstufiges Modell eingeführt worden. Die auszurichtenden

Beiträge umfassen einen Basisbeitrag, einen Beitrag für Pflanzenbau und für Tierhaltung sowie einen Flächenbeitrag. Die Beitragshöhe wurde nach Angaben der Regierung so gewählt, dass der Einkommensverlust, der aus der Milchpreissenkung resultiert, bei einem mittleren Landwirtschaftsbetrieb mit 150000 kg Milchkontingent ausgeglichen wird.

Nach der Verordnung beläuft sich der Basisbeitrag auf 9000 Fr. Die Beiträge für Pflanzenbau und Tierhaltung betragen 4000 Fr. Der Flächenbeitrag wurde auf 200 Fr. pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche festgelegt. Die Auszahlung der Beiträge erfolgt in drei Teilzahlungen pro Jahr, wobei die beiden ersten Zahlungen sogenannte Akonto-Zahlungen bilden.

Den Basisbeitrag erhalten bodenbewirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe, welche die Bedingungen der Gesetzesvorlage erfüllen, ohne besondere Voraussetzungen erfüllen zu müssen. Nebenerwerbsbetriebe erhalten einen reduzierten Beitrag. Der Beitrag für Pflanzenbau wird an Betriebe ausgerichtet, die in den Bereichen Ackerbau, Futterbau oder Spezialkulturen tätig sind. Allerdings wird die Ausrichtung des Beitrags an die Einhaltung einer abwechslungsreichen Fruchtfolge gebunden und erst ab einer Mindestfläche von 3 Hektaren – für Spezialkulturen 1,5 Hektar – ausbezahlt. Zur Erlangung des Beitrags an die Tierhaltung ist der Nachweis eines Mindestbestandes von fünf Grossvieheinheiten Voraussetzung. Der Flächenbeitrag schliesslich orientiert sich an der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Betriebs, wobei pro Hektare, unabhängig von der angebauten Kulturart, der Staatsbeitrag zur Auszahlung gelangt.

### Blitzentzug für Drogenabhängige startbereit

Zwölf Drogensüchtige sollen unter Narkose vom Stoff loskommen

Embrach (AP) Der Blitzentzug für Drogensüchtige mit Hilfe einer Vollnarkose ist startklar. Die Versuchspersonen sind bestimmt und die Betten stehen bereit, wie Balz Bächtold vom Psychiatriezentrum Hard am Donnerstag sagte. Das Okay der Ethikkommission wird in wenigen Wochen erwartet.

Das Psychiatriezentrum Hard in Embrach reichte am Donnerstag der Ethikkommission der Psychiatrischen Universitätsklinik Burghölzli und der Psychiatrischen Poliklinik des Unispitals Zürich eine umfassende Projektbeschreibung ein, wie Assistenzarzt Bächtold auf Anfrage der AP sagte.

Die Zustimmung solle bereits im August eintreffen. «Sobald das Okay da ist, geht es los», sagte er. Die Versuchspersonen wurden bereits ausgewählt und die Kapazitäten bereitgestellt. Vorgesehen ist, dass im Rahmen der Studie zwölf bis 15 Drogensüchtige im Spital Bülach unter einer normalen Vollnarkose gesetzt werden.

Im Schlaf wird ihnen ein Opiat-Gegengemittel gegeben, das die Drogenwirkung im Körper verhindert. Während ein konventioneller Entzug bis zwei Wochen dauert, findet der Entzug unter Narkose innert drei bis vier Stunden statt. Der Vorteil sei, dass der Abhängige keine Schmerzen empfinde, sagte Daniel Suter, leitender Arzt am Psychiatriezentrum.

### Postumbau darf nicht zu Entlassungen führen

Erste Sitzung zu Umbauplänen – Sechs neue Geschäftseinheiten

Bern (AP) Der geplante radikale Umbau der Post darf laut der Gewerkschaft PTT Union keine Entlassungen zur Folge haben. Auch müsse im Personalbereich ein einheitliches Anstellungsverhältnis gewährt bleiben. Das sind die Rahmenbedingungen, die der Zentralvorstand Post der PTT Union an das Projekt gestellt hat.

Für den 14köpfigen Zentralvorstand Post der Gewerkschaft PTT Union ist es klar, dass auf die Zusage der PTT beharrt wird, wonach der bis zum Jahr 2000 geplante Umbau der Post nicht zu Entlassungen führen wird, wie Heinz Suter, Zentralsekretär der PTT Union, gestern auf Anfrage in Ostermundigen (BE) sagte.

Die Umstrukturierung dürfe aber auch keine massive Verschiebung von Personal zur Folge haben. Auch wenn mit dem Umbau sechs neue Geschäftseinheiten Brief, Paket, Zahlungsverkehr, Post International, Postautodienst sowie Netz und Verkauf geschaffen werden sollten, darf das Personal nach Ansicht der PTT Union in den einzelnen Bereichen nicht zu unterschiedlichen Anstellungsbedingungen beschäftigt werden. Suter wies darauf hin, dass sich der Zentralvorstand Post der PTT am Mittwoch an einer ausserordentlichen Sitzung ein erstes Mal zur Beratung des Vernehmlassungsentwurfs des PTT-Projekts «Chance Post» getroffen habe.

## Zweite Niederlage für Schweizer Handballer

Schweizer mussten sich gegen ein starkes Schweden mit 19:26 geschlagen geben. – Bescheidene Vorstellung



Stefan Schürer prallt an der schwedischen Mauer mit Olsson und Thorsson ab. Der mitunter hart angegangene Kapitän der Schweizer blieb ohne Treffer. Die schwedische Mannschaft, die bis jetzt alles ausser Olympiagold gewonnen hat, schloss 26 ihrer 47 Angriffe erfolgreich ab. Mehr über die olympischen Sommerspiele auf den Seiten 9 bis 11 dieser Ausgabe.

## 200 Sirenen versagten Dienst

Bern (AP) Rund 200 von insgesamt über 7000 Sirenen haben beim letzten nationalen Probealarm vom vergangenen 7. Februar ihren Dienst versagt. Die Fehlerquote liege damit im normalen Streubereich, wie das Bundesamt für Zivilschutz gestern mitteilte. Bei den rund 4000 stationären, fest eingerichteten Sirenen lag die Ausfallquote bei drei Prozent, bei den 3000 mobilen «Heulern» traten bei zwei Prozent technische Mängel auf. Die Ursache der Mängel war sehr unterschiedlich. Sie reichte von falschen Installationen bis zu störenden Vogelnestern, wie Robert Amsler, Chef der Sektion Führung und Sanität im Bundesamt für Zivilschutz, auf Anfrage sagte. Generell seien die alten, teilweise noch aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges stammenden Motorsirenen weit weniger anfällig als die modernen elektronischen oder pneumatischen Sirenen, dafür könnten diese modernen Sirenen unabhängig vom Stromnetz betrieben werden. Insgesamt beurteilt das Bundesamt für Zivilschutz den Zustand der Sirenen als gut, es seien aber regelmässige Kontrollen nötig. Unabhängig sei mindestens ein Probealarm pro Jahr.